

Eigentlich war für all jene, welche sich über die künftige Entwicklung der Energieversorgung Gedanken machen vorhersehbar, dass man um einen massiven Ausbau der Netz-Struktur nicht umhinkommen wird. Dies wäre im Sinne einer sicheren Versorgung mit oder auch ohne die aktuell zu bewältigende Einspeise-Thematik unumgänglich.

Aus gutem Grund wird jeder PV-Anlagebetreiber bestrebt sein, die erzeugte Energie selbst zu verbrauchen. Ergo dessen wird für die Einspeisung des verbleibenden Anteils (oftmals gerade noch so um die 20-30% des Gesamt-Energieverbrauchs) das Netz der Anbieter benötigt.

Wenn nun aus allen Rohren gepredigt wird, dass alle übrigen Netz-Kunden jetzt den Netzausbau für die PV-Anlagen-Betreiber zu finanzieren hätten, so ist dies eine glatte Tatsachen-Umkehr.

Im Übrigen stellen diese vermeintlichen Ungerechtigkeiten angesichts einer höchst unsicheren, weltpolitischen Lage eine eher vernachlässigbare Herausforderung dar.

Alleine die künftige politische Ausrichtung einer neuen Regierung in Deutschland, eine bis dato zu vermissende Einheit in der EU sowie auch eine völlig unberechenbare Trump-Administration werden darüber entscheiden, ob es mit deren bestmöglicher Unterstützung einer leidgeplagten Ukraine einen für alle Beteiligten halbwegs gerechten Frieden gibt.

Wir sollten uns also dessen im Klaren sein, dass insbesondere auch der Ausgang dieses Konfliktes das künftige Energiewirtschafts –, Klimaschutz – und gesellschaftspolitische Leben in der EU maßgeblich beeinflussen wird.